

Gastkommentar Rainer im Volksblatt - November 2009

Unser Verkehrsproblem ist ein Versäumnis der bisherigen Verkehrspolitik und die jetzige Regierung ist dabei, die heutigen Probleme in die Zukunft weiterzuschieben. Das Thema Verkehr ist mehr Widerspruch als Strategie und Konzept: mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs(ÖV) geht es einen Schritt vorwärts und mit dem Bau von Umfahungsstrassen zwei Schritte zurück.

Vaduz fördert beispielhaft den ÖV mit höheren Parkplatzgebühren und der Verlagerung von Parkplätzen ausserhalb des Zentrums, plant aber zeitgleich den Bau einer Umfahungsstrasse. Von Triesen zum Aukreisel wird der Bus bevorzugt und der Verkehr zur Stauvermeidung geregelt und dennoch soll eine Umfahungsstrasse Vaduz-Triesen gebaut werden. Unser Land will keine Südumfahrung Feldkirch wegen dem massiven Mehrverkehr – trotzdem sind derzeit Bagger dabei, einen gemeinsamen LKW-Verzollungsplatz für eine schnellere LKW-Abfertigung – mit Mehrverkehr - zu bauen. Demnächst soll im Landtag über den Kredit für den Bau des Industriebringers Schaan abgestimmt werden, obwohl mit dem Grosskreisel künftig eine neue Verkehrssituation entsteht, ohne Stauerscheinungen an der Lindenkreuzung und wahrscheinlich ist danach auch der Schleichverkehr kein ernsthaftes Thema mehr.

Was im Verkehrsbereich zu tun wäre, ist nicht neu. Schon vor 15 Jahren waren sich die damalige Koalitionsregierung gemeinsam mit namhaften Verkehrsexperten einig, dass der Verkehr durch eine klare Bevorzugung des ÖV reduziert werden muss und dass der Bau von Umfahungsstrassen die Probleme nicht löst, sondern verschärft und nur in die Zukunft verlagert. Die Bevorzugung des ÖV ist auch gemäss der Umfrage „Verkehr - wie weiter?“ aus dem Jahr 2004 der Wunsch einer klaren Mehrheit der Bevölkerung. Die Verkehrszukunft auf den ÖV auszurichten heisst, den Bürgerwillen zu respektieren, aber auch Vorsorge zu treffen - der Klimawandel ist genauso Realität, wie das Ende der billigen Treibstoffe.

Wir haben nicht zu wenig Strassen, sondern zu viele Autos, die mit meist vier freien Sitzplätzen zu wenige Personen transportieren. Die Aussagen: „ein Bus gleich 300 Meter weniger Stau“ oder „pro Woche einmal mit dem Bus anstelle mit dem Auto zur Arbeit, gleich 20% weniger Verkehr“ treffen den Kern des Problems und den Lösungsansatz. Was ist zu tun? Es sind auch grenzüberschreitend attraktive öffentliche Verkehrsangebote bereitzustellen. Durch konsequente Busbevorzugung und Parkplatzbewirtschaftung können viele Autofahrer zum Umsteigen auf den ÖV bewegt werden. Einer der Hauptverkehrserreger sind die Arbeitspendler unserer Betriebe. Die LIHK könnte mit einer wirksamen Parkplatzbewirtschaftung einen wesentlichen Beitrag leisten, unsere Strassen und unsere Umwelt zu entlasten. Ihre Forderung nach staufreiem Autoverkehr durch den Bau von zusätzlichen Strassen ist ökologisch, wirtschaftlich und in Bezug auf ihre gesellschaftliche Verantwortung nicht akzeptabel.

Es braucht ein Umdenken und einen Richtungsentscheid in der Verkehrspolitik. Im Mittelpunkt von Verkehrsmassnahmen muss die Bevorzugung und Ausgestaltung eines leistungsfähigen ÖV und nicht die Beseitigung von Behinderungen beim Autoverkehr stehen. Für den Erfolg einer solchen Strategie gibt es eine Vielzahl von erfolgreichen Projekten und Massnahmen.

Der Verkehr ist das wichtigste Thema in Liechtenstein. Vor zehn Jahren hat sich Johannes Kaiser als Vorsteher von Mauren mit grossem Eifer gegen den Strassenbau eingesetzt. Er weiss, dass jede Umfahrung zu drastischen Verkehrszunahmen führt. Wo bleiben die Meinungen und das Engagement der heutigen Volksvertreter?